Wir revolutionieren die Wirtschaft – ökologisch und sozial

Das aktuelle Wirtschaftssystem produziert zahlreiche Verlierer*innen. Das Menschenbild ist geprägt von Gedanken des Menschen als Wirtschaftsobjekt oder "humane Ressource". Viele Menschen sehen sich Leistungsdruck ausgesetzt und wünschen sich mehr Selbstbestimmung und Selbstentfaltung. Darüber hinaus wächst die Schere zwischen vermögensarmer und reicher Bevölkerung stark an. In Deutschland besitzen die unteren 50% der Haushalte lediglich zwischen 1% und 2,5% des Vermögens. Schlecht entlohnte Arbeit ist ein weiteres großes Problemfeld.Auch entstehen massive ökologische Schäden. Um den Klimawandel noch auf einem niedrigen Niveau halten zu können, müssen Emissionen radikal gesenkt werden. Sowohl in Bayern und Deutschland als auch global gesehen hat die aktuelle Marktmacht- und Vermögenskonzentration hin zu großen Unternehmen, der Big Business, zahlreiche negative Auswirkungen, die Ungerechtigkeit zementieren. Dem wollen wir entgegenwirken.Wir wollen sowohl im neoliberalen System effektive Stellschrauben zur Verbesserung der sozialen und ökologischen Probleme aufzeigen, als auch eine Vision für eine junggrüne Wirtschaftspolitik entwickeln, die den Kapitalismus überwindet. Wir denken Umwelt und Soziales und die globale Produktion von Gütern und Dienstleistungen gemeinsam.

Marktradikal - kann mich mal!

Wir sagen ganz klar: Marktradikalismus nein Danke! Wir distanzieren uns auch von einer kompletten Zentralverwaltungswirtschaft. Unser Ziel ist eine demokratische Wirtschaft, in der Gemeingüter einen hohen Stellenwert besitzen und jegliche Infrastruktur ein öffentliches und staatlich zur Verfügung gestelltes Gut ist. Darüber hinaus soll es Unternehmen sowohl in staatlichem als auch privaten Besitz geben.Das als Optimum dargestellte Bild des idealen Marktes, auf dem alle Unternehmungen die gleichen Chancen haben, existiert so nicht. Beispielsweise der Wohnungsmarkt und viele andere Teilmärkte werden stark von einigen wenigen Akteur*innen dominiert. Die Idee eines idealen Marktes gilt für uns als gescheitert.Auch aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht ist der Homo oeconomicus, die Lehre vom nur nach Profit strebenden Menschen, überholt. Es liegt kein grundsätzlicher Egoismus oder reines Gewinnstreben vor, vielmehr kann von einem homo heterogenus oder cooperativus ausgegangen werden, der zahlreiche Bedürfnisse gleichberechtigt abwägt und befriedigen

möchte. Die GRÜNE JUGEND Bayern spricht sich daher für einen stark regulierten Markt aus, auf dem Unternehmen Güter anbieten können und diese getauscht werden können. Für uns steht die Verhinderung von Ungerechtigkeit jedoch stets vor wirtschaftlichem Profit. Auch bedeutet Markt nicht in erster Linie Wettbewerb, wir wollen vielmehr einen geregelten Rahmen für die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen schaffen.

Wirtschaft formen - Mitbestimmung für alle!

Wir wollen keine unternehmerische Elite, die einer großen Mehrheit der Menschen ohne Mitspracherecht gegenüber steht. Daher fordert die GRÜNE JUGEND Bayern, dass alle Unternehmen demokratisiert und basisdemokratisch umstrukturiert werden.Wir wollen keine unternehmerische Elite, die einer großen Mehrheit der Menschen ohne Mitspracherecht gegenüber steht. Der aktuellen Macht- und Vermögenskonzentration muss entgegengewirkt werden. Stattdessen machen wir uns dafür stark Unternehmen zu demokratisieren. In Unternehmen müssen die Interessen aller vom Unternehmen betroffenen Gruppen gehört und einbezogen werden. Daher sollen neben den Mitarbeiter*innen, die Zuliefer*innen, die Konsument*innen, aber auch Naturschutzverbände usw. Eigentümer*innen des Unternehmens werden und so direkt über Entscheidungen des Unternehmens mitbestimmen können.Auf diese Weise kann sichergestellt werden, dass nicht Einzelinteressen, wie derzeit beispielsweise die Gewinnmaximierung der Kapitalgeber*innen, im Vordergrund stehen. Die aktuell vorherrschenden gesetzlichen Gesellschaftsformen für Unternehmen sollen auf diese Art von einer Eigentümer*innenstruktur abgelöst werden. Durch diesen Prozess werden folglich Willensbildungsinstrumente gestärkt und hierarchische Strukturen abgebaut. Unternehmen werden von einem Kollektiv an Interessensgruppen gelenkt, die dafür sorgen, dass bei der Produktion von Gütern und Dienstleistungen ökologisch und sozial gerecht gehandelt wird. So formen wir die Wirtschaft nachhaltig.Diese Unternehmen werden folglich vermehrt auf regionale Produktion setzen, Gemeinwohlbilanzen erstellen und das Prinzip von Commons und Gemeingüter kann sich mehr und mehr durchsetzen.Darüber hinaus müssen staatliche Regulierungen getroffen werden, wie im Antragsteil „Staat“ beschrieben, freilich die Rahmenbedingungen für gerechte, soziale und ökologisches Handeln festlegen. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert des Weiteren mehr gemeinsame Forschung von Unternehmen und

vermehrte Offenlegung von Wissen. Vorreiter*innen teilen bereits heute Wissen. Das Konzept der „open knowledge“ soll sich schließlich durchsetzen.

Finanzwirtschaft reformieren

Kritik an der Finanzwirtschaft muss stets differenziert erfolgen. Eine der Ursachen der Finanzkrise im Jahr 2008 ist der stark steigende Einfluss der Finanzmärkte, auch mit Begriffen wie Finanzmarkt-Kapitalismus oder Finanzialisierung bezeichnet.Eine Entwicklung ist beispielsweise, dass vermehrt nicht nur "volle" sondern auch synthetische Finanzpapiere erworben und angeboten werden. Hier besitzen die Käufer*innen die Wertpapiere dann nicht tatsächlich, sondern nur die im Wertpapier geführten Werte und das auch nur zu einer gewissen Wahrscheinlichkeit. Die GRÜNE JUGEND Bayern spricht sich daher für eine strikte Regulierung des Finanzmarktes aus. Die politisch eingeleitete Finanzialisierung muss auch politisch wieder rückgängig gemacht werden.Wir fordern eine verbindliche Schuldenbremse für alle Banken. Diese soll jeder Bank eine Mindestquote an Eigenkapital vorschreiben. Dadurch kann eine Bank dann für Verluste aufkommen. Bis 2017 soll eine Eigenkapitalquote von 5 % erreicht werden, perspektivisch soll diese noch sehr stark steigen.Auch fordern wir eine Finanztransaktionssteuer von 1 % für den Handel mit Aktien und Anleihen als auch den Derivatehandel ohne Ausnahmen.

Innovationen für alle möglich machen

Eine staatliche Förderung für Existenzgründer*innen ist prinzipiell zu befürworten, da durch sie auch Menschen, die nicht von vornherein über ein großes Anfangskapital verfügen, die Möglichkeit haben, sich selbstständig zu machen und neue Ideen voran zu treiben.Jedoch verurteilen wir die momentane Verteilung von Fördermitteln. Frauen* werden zum Beispiel seltener und häufig geringer gefördert als Männer*. Diesen Zustand prangern wir an, da er ganz eindeutig ungerechtfertigt ist und die geschlechtlichen Rollenbilder unserer Gesellschaft stützt. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert, dass die gerechte Aufteilung der Fördermittel durch Genderbudgeting sichergestellt wird. Zudem werden häufig Innovationsprogramme gefördert, die kleine und mittelständische Unternehmen nicht stemmen können, da schon ein gewisses Maß an Eigenkapital vorhanden sein muss und sie häufig mit Forschungsprojekten einher

gehen, die, mit wenigen Ausnahmen, nur von größeren Firmen bewältigt werden können, da hierfür Forschungseinrichtungen angemietet und Fachpersonal eingestellt werden müssen. Deshalb fordern wir eine gerechtere und gleichmäßiger Verteilung der Fördermittel auf Gründende.

Arbeitnehmer*innenrechte stärken und verteidigen

Allzu häufig fordern Arbeitgeber*innen, insbesondere Großkonzerne, und wirtschaftsliberale bis marktradikale Politiker*innen eine Aufweichung von Arbeitsstandards, die Abschaffung des erst kürzlich eingeführten Mindestlohns, sowie eine Abschwächung von Arbeitnehmer*innenrechten. Unter anderem wird versucht, dies damit zu begründen, dass durch die höheren Produktionskosten Arbeitsplätze verloren gehen würden, da das Geld, um für diese den Lohn zu zahlen, fehle. Auch Arbeitsmarktderegulierungen werden als Garant für ein wirtschaftliches Wachstum gesehen, von dem alle profitieren würden. Die Begründung für alle diese Forderungen ist immer noch die Trickle-Down-Theorie, auf deren positive Auswirkungen nun seit über 30 Jahren gewartet wird und die deshalb in Ökonom*innenkreisen als falsch gilt. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert, einen verstärkten Arbeitnehmer*innenschutz, in dem gezielt die Aspekte gefördert werden, die für ein menschenwürdiges, demokratisches und selbstbestimmtes Leben und Arbeiten wichtig sind. Da der Mensch vor dem wirtschaftlichen Wachstum kommen muss.

Das Bruttoinlandsprodukt als Wohlstandsindikator ablösen

Bereits seit längerem steht das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Instrument zur Bewertung der wirtschaftlichen Lage eines Staates in der Kritik. Wir brauchen Indikatoren, die nicht nur finanzielle Aspekte der Wirtschaft, sondern auch den allgemeinen Fortschritt messen, denn das Bruttoinlandsprodukt kann ebenfalls bei sogenannten Schadenswerten (Autounfällen, Todesfällen, etc.) steigen und Einflussfaktoren wie Umweltschäden werden nicht einberechnet. Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Bayern eine zukünftige Wohlstandsmessung mit Hilfe von Indikatoren, wie beispielsweise dem Genuine Progress Indicator (GPI), in welche auch die Aspekte der Einkommensverteilung, unbezahlte Hausarbeit, öffentliche Ausgaben für das Gesundheitswesen, Bildung, Umweltverschmutzung, Ressourcenverbrauch und Kosten des

Klimawandels eingerechnet werden, durchzuführen, um eine tatsächliche, faire und ökologische Enschätzung der Leistung unserer Volkswirtschaft zu ermöglichen. Die Wahl des anzuwendenden Messinstrumentes soll nach ausführlicher Evaluation der bekannten Indikatoren erfolgen.

Bayerische Wirtschaftspolitik muss nachhaltig werden!

Die CSU hat es sich zum Ziel gemacht, bis 2018 in Bayern die Vollbeschäftigung zu erreichen. Tatsächlich ist Bayern das Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland, das prozentual die wenigsten Arbeitslosen hat, jedoch ist eine Vollbeschäftigung bis 2018 wohl nicht zu erreichen. Trotzdem versucht Horst Seehofer mit Forderungen wie, " Wir müssen das Mindestlohngesetz entschlacken.", seine populistischen Versprechen näher an die tatsächliche Umsetzung zu bringen. Denn eine tatsächliche Ausdünnung des Mindestlohns würde wahrscheinlich zu mehr Jobs führen, jedoch vor allem zu mehr schlecht bezahlten Jobs. Dass Seehofer und seine Regierung mehr als gewillt sind, den Mindestlohn zu beschneiden, wird auch daran erkennbar, dass das bayerische Wirtschaftsministerium vom Bund eine Aussetzung der Kontrollen forderte.Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert die bayerische Staatsregierung dazu auf, damit zu beginnen, den gesetzlichen Mindestlohn zu vertreten und zu verteidigen, da eine Vollbeschäftigung nur dann etwas nützt, wenn die Beschäftigten von ihrem Lohn auf einem gewissen Niveau leben können.Des Weiteren bedeutet Wirtschaftspolitik für die CSU-Staatsregierung überwiegend die Förderung von Wirtschaftswachstum. Das prangert die GRÜNE JUGEND Bayern als unökologisch und unsozial an. Besonders Investitionen in Klimaschutz und Energiewende müssen in Bayern gefördert werden. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher zur Umsetzung der Konzepte der GRÜNEN JUGEND Bayern in diesem Bereich Förderprogramme in Höhe von 300 Millionen Euro.

Beschlossen von der 39. Landesmitgliederversammlung am 29.10.2017